

derergenerationen heute. Ganz zu Unrecht kamen gegenüber den rechtlichen, politischen und kulturellen Fragen die *sozialen Probleme*, die ausländischen Arbeitnehmern am meisten zu schaffen machen und wo sie auch am meisten Opfer latenter oder offener Ausländerfeindlichkeit sind, zu kurz. Z.B. wurde die Wohnungsproblematik zwar mehrfach angesprochen, aber in keiner Weise thematisiert, wie sie es verdient hätte. Gelegentlich wucherte auch ein typisch bürgerlich-deutsches Hilfe-Ethos allzu üppig: man müsse sich im Zusammenhang mit den Ausländern auch mehr um Übersetzung von deren Literaturen und umgekehrt deutscher Literatur ins Türkische, Griechische usw. kümmern: für einen schon sehr eingedeutschten Gymnasiasten sicher ein hilfreicher Aspekt, aber ein türkischer und griechischer Fach- oder Hilfsarbeiter liest vermutlich so viel Literatur nicht, daß er über den gängigen literarischen Übersetzungsmarkt hinaus nach Hilfe ruft. Ihm bei Schwierigkeiten seiner Kinder in der Schule ein wenig beistehen oder ihm einen Behörden-gang abnehmen oder ihn dabei begleiten wären näherliegende Hilfsmöglichkeiten. Eine Teilnehmerin meinte, die (deutschen Christen) müßten einem Muslim helfen, hier seine muslimische Identität zu finden. Ein gewiß gut gemeinter, aber beide Seiten überfordernder Vorsatz.

Eine scheinbar unüberwindliche Grenze

Einmal hat es in München geheißt: Solange nur „bürgerliche“ Deutsche sich um das Zusammenleben mit den Ausländern kümmerten, die einheimische Arbeiterbevölke-

rung aber wegbleibe, könne das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern nicht gedeihen. Genau über diese Grenze ist auch die Münchner Tagung nicht hinausgekommen. Sowohl bei den deutschen wie bei den ausländischen Teilnehmern (das Verhältnis war etwa 60:40) herrschte das helfende (bürgerliche) Element gegenüber den unmittelbar Betroffenen, die nicht einfach durch Helfer, die auch ihre eigenen Interessen und Perspektiven vertreten, ersetzbar sind, vor.

Im übrigen zogen die beiden kirchlichen Veranstalter nicht am gleichen Strang. Die evangelische Seite machte sich fast alle rechtlichen und politischen Forderungen trotz Abschmettern jeglicher Resolution zu eigen – gelegentlich auch ein wenig unbesehen. Das ZdK, von seinem Führungs- und Funktionärspersonal her regierungskonformer, hielt sich auffallend zurück. Obwohl die ganze Tagung sehr auf Einübung im Zusammenleben angelegt und dafür neben den gemeinsamen Mahlzeiten und Begegnungen mit Familien und in Ausländerzentren auch der – die Muslime aktiv einbeziehend – religiöse Rahmen eine Hilfe und für manchen vielleicht auch ein Neuheits-erlebnis war, war Gemeinsamkeit in den Sachfragen und in der Art, an sie heranzugehen, schon innerchristlich alles eher als leicht. Am Schluß nach der pointierten „Gegenrede“ von Wolfgang Huber im Verhältnis zur Position Maiers gab es lange Gesichter: „Sie als ‚Außenstehender‘ wissen gar nicht, wie schwierig Ökumene ist.“ Gerade deswegen sollten sich die ungleichen ökumenischen Partner nicht nur in der Ausländerfrage weiter zusammenraufen.

David Seeber

Repolitisierung der Sicherheitsfrage

Ein Ost-West-Kolloquium in Tutzing

In ihren neueren Friedensverlautbarungen haben die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz übereinstimmend gefordert, die Probleme des Friedens nicht nur unter militärischen Gesichtspunkten zu diskutieren. Wie die erforderliche „Wiedergewinnung der politischen Perspektive“ (Friedensdenkschrift der EKD) vonstatten gehen kann, zeigte das „III. Internationale Tutzinger Colloquium zu Fragen der Friedenssicherung, Abrüstung und Rüstungskontrolle“, das die Evangelische Akademie Tutzing mit Unterstützung der „Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion“ und anderen Institutionen vom 4. bis 7. März veranstaltete. Nach ähnlichen Treffen in den Jahren 1979 und 1982 standen die Tage diesmal unter dem Thema „Dialog – Voraussetzung für Abrüstung und Friedenssicherung“. Zum einen sollten die geschichtlichen und politischen Bedingungen des Friedens in Europa analysiert, zum anderen die Perspektiven für Rüstungskontrolle und Abrüstung anhand zweier Verhandlungsgegen-

stände (Strategische Defensivsysteme, chemische und bakteriologische Waffen) erkundet werden. Dabei bot die Anwesenheit hochrangiger amerikanischer und sowjetischer Vertreter eine gute Voraussetzung für die Arbeit.

Sowjetische Appelle an die Europäer

Zu Beginn sprach Staatsminister *Alois Mertes* über „Europas Verantwortung für den Frieden“. Er warnte vor übertriebenen Erwartungen an die sicherheitspolitische Kooperation zwischen dem Nordatlantischen Bündnis und dem Warschauer Pakt. Auch wenn eine kooperative „Gestaltung“ des Friedens unverzichtbar sei, so müsse eine „abwehrende“ Friedenssicherung doch nach wie vor gewährleistet bleiben.

Für Überraschung sorgte das Grundsatzreferat des sowjetischen Delegationsleiters *Richard I. Kossolapow* (Mitglied des ZK der KPdSU und Chefredakteur der Zeitschrift „Der Kommunist“) deswegen, weil es nachhaltig die *Einheit der europäischen Kultur* beschwor. Es sei eine bedauer-

liche Entwicklung der Nachkriegszeit, daß man Europa im Westen praktisch mit den Staaten West-Europas identifiziere. Demgegenüber müsse mit Nachdruck auf die gewachsenen Gemeinsamkeiten aller europäischer Völker – einschließlich der russischen – hingewiesen werden. Der Marxismus-Leninismus könne ohne Saint-Simon, Smith, Hegel und Feuerbach nicht verstanden werden, sei also durchaus kein rein russisches Phänomen. Erfreulicherweise sei in den letzten Jahren in Europa ein *Bewußtsein der Zusammengehörigkeit über die Blockgrenze hinaus* gewachsen. Dieses allerdings werde durch die Lebensweise und die ökonomischen, nicht zuletzt rüstungswirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten tiefgehend gestört. Abhilfe sei nur möglich, wenn sich Westeuropa gegen die Schwarzweißmalerei der USA wehre. In bezug auf die Rüstungskontrolle blieb Kossolapow dann bei den bekannten sowjetischen Forderungen: Korrektur der Nachrüstung, Schaffung atomwaffenfreier Zonen, Verzicht auf den nuklearen Ersteinsatz usw.

Für die amerikanische Seite sprach Botschafter *William H. Luers* (Prag). Nach seiner Einschätzung wird der Konflikt zwischen der Sowjetunion und den USA gerade durch den Gegensatz der „Philosophien“ verursacht, von denen sich die beiden Länder leiten lassen. Dem Zentralismus der Sowjetunion stehe in Amerika eine Verteilung politischen und ökonomischen Einflusses auf viele, aber auch der Glaube an die Macht der freien Meinung gegenüber. Den Hauptteil seines Vortrags verwandte Luers darauf, die Entscheidungen vorzustellen, mittels deren die USA die im Harmel-Bericht von 1967 grundlegende *Verbindung von Abschreckungspolitik und Entspannung* in gegenwärtige Politik umsetzen wolle. Erstens sei es bedeutsam, daß man in seinem Land überhaupt den Willen zu einer konsistenten Strategie neu entwickelt habe. Zweitens suche man politische, ökonomische und geistige Stärke, ohne es auf eine Position der Überlegenheit abgesehen zu haben. Drittens genieße die Bündniseinheit eine hohe Priorität und viertens suchten die USA substantielle Verhandlungen mit der UdSSR.

Die „Strategische Verteidigungsinitiative“ des amerikanischen Präsidenten (vgl. weiter unten) begründete Luers nicht zuletzt mit dem Argument, die augenblickliche Grundlage der Sicherheit, die wechselseitig gesicherte Vergeltungsfähigkeit (Mutual Assured Destruction), gelte als unmoralisch.

In den Eingangsstements wurde die geistige Einheit Europas behandelt. In der nächsten Arbeitseinheit ging es um die Geschichte der politischen Teilung Europas. Dazu diskutierten fünf Historiker über das Thema „40 Jahre nach Potsdam“. Nach Auffassung von *Nikolas S. Portugalow* (UdSSR) waren die Konferenzen von Jalta und Potsdam nicht der Beginn einer europäischen Teilung, sondern der Höhepunkt der alliierten Zusammenarbeit. Wenn es allerdings faktisch zum Zusammenbruch der Großen Allianz kam, dann ist das nach Prof. *Fritz Stern* (Columbia University, New York) auf ein Mißtrauen zurückzuführen, das auf amerikanischer Seite durch sowjetische Expansionsbestrebungen genährt wurde. Die negativen

Konsequenzen der Teilung beschwor der Pariser Geschichtswissenschaftler Prof. *Joseph Rovon*. Den Einfluß der gegenseitigen Furcht für den Zusammenbruch der alliierten Kooperation unterstrich auch Prof. *Loth* (FU Berlin). Die Teilung sei deshalb nicht unvermeidlich gewesen, sie habe keinen „Ewigkeitswert“, könne aber auch nicht leicht beiseite geschoben werden. Darin unterstützte ihn Prof. *Jürgen Kuczynski* (Akademie der Wissenschaften der DDR). Weitere Schwerpunkte der Diskussion waren die Bewertung der Stalin-Note 1952 und die Frage nach der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates. Einigkeit herrschte in der Überzeugung, daß die klassische Idee des Nationalstaates infolge der zunehmenden, weltweiten Verflechtung von der Geschichte überholt wurde.

SDI – ein Hauptstreitpunkt

In einer dritten Phase des Kolloquiums standen Einzelheiten der rüstungskontrollpolitischen Zusammenarbeit zur Debatte. Eingang unterstrich Botschafter *Friedrich Ruth*, der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, die in Art. 6 des Kernwaffensperrvertrags (1968) grundlegende Entschlossenheit des Westens zum Dialog mit dem Warschauer Pakt. Allerdings stünden Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle im Dienst der strategischen Stabilität. Deren Stärkung sei deshalb das vorrangige Ziel der wiederaufgenommenen, bilateralen Verhandlungen in Genf. Im Mittelpunkt der Arbeit stand die „Strategische Verteidigungsinitiative“ („Strategic Defense Initiative“- SDI), die Präsident Reagan am 23. März 1983 erstmals angekündigt hat. Der frühere Chef des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung, *Walter Stützle* (heute Redakteur bei der „Stuttgarter Zeitung“), wertete die Initiative als eine Abkehr der USA von den Spielregeln einer Politik, die dadurch gekennzeichnet sei, daß sie davon ausgeht, daß die beiden Weltmächte wegen der Wechselseitigkeit der nuklearen Bedrohung eine Schicksalsgemeinschaft bilden. Demgegenüber solle die Sicherheit Amerikas nach den Plänen des Präsidenten in Zukunft *nur noch von Amerika selbst* abhängen, d. h. von seiner Fähigkeit, gegnerische Raketen in den verschiedenen Phasen ihres Zielanflugs zu zerstören. Ein Zuwachs an Sicherheit könne allerdings auf diesem Weg nicht erreicht werden, trotz ihrer Mühseligkeit seien der Dialog der Gegner und die kooperative Gestaltung der Sicherheit unumgänglich. Stützle trug einen oft gehörten Einwand gegen SDI vor, wenn er auf die Gefahr einer neuen Rüstungsdynamik hinwies. Die UdSSR werde nämlich eine Fülle von Gegenmaßnahmen ergreifen. Dabei, so Stützle, würden auch die europäischen Bündnispartner der USA (und der UdSSR) zur Kasse gebeten werden. Sie müßten mit höheren Verteidigungsanstrengungen rechnen. Dies alles jedoch untergrabe die Ziele von KVAE und MBFR nachhaltig.

Den sowjetischen Standpunkt trug Prof. *Danill M. Proektor* vom Moskauer „Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen“ vor. Ihm zufolge ist SDI ein

weiteres Beispiel für Entscheidungen, die „ohne objektive Bedürfnisse der Epoche“ getroffen werden. Er beklagte die fehlende Bereitschaft der USA, sich auf Zusammenarbeit, Verständigung und Beachtung auch der gegnerischen Sicherheitsinteressen einzulassen. SDI zerstöre das Gleichgewicht der Kräfte und verschaffe den Amerikanern wenigstens vorübergehend die Möglichkeit eines Entwaffnungsschlags gegen die Sowjetunion. Deshalb sei es völlig undenkbar, der SDI einen „defensiven“ Charakter zuzuerkennen. Natürlich werde die Sowjetunion nicht untätig bleiben und den ihr aufgezwungenen Rüstungswettlauf akzeptieren. Im übrigen müsse man davon ausgehen, daß ein zuverlässiger Schutzschild gegen Raketen technisch unmöglich sei.

Prüfen, was technisch machbar ist

Es war ein gutes Beispiel für die Verschiedenheit der Denk- und Argumentationsstile, wenn *David Emery*, der stellvertretende Direktor der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), in seiner Antwort auf Proektor ohne Umschweife auf die bilateralen Genfer Verhandlungen zu sprechen kam, als deren Ziele er eine substanzielle Rüstungsreduktion sowie die Lösung der anstehenden Verifikationsprobleme nannte und die Beachtung des Prinzips der Strategischen Stabilität forderte. Er veranschaulichte auf diese Weise, was die Amerikaner unter einem „Verzicht auf überflüssige Rhetorik“ verstehen. Was die *militärische Nutzung des Weltraums* anbelange, so müsse man zunächst den Mythos aufgeben, als sei der Weltraum bisher frei von militärischen Einrichtungen. Auf absehbare Zeit sei an der schon bestehenden Weltraumnutzung (Aufklärung, Überwachung, Kommunikation) nichts zu ändern. Natürlich sei durch SDI eine Erweiterung dieser Nutzung nicht ausgeschlossen. SDI sei jedoch bisher nicht mehr – dies wurde wiederholt hervorgehoben – als ein vom Präsidenten in Auftrag gegebenes Forschungsprogramm, das zwei Ziele verfolge: zu prüfen, was technisch machbar ist, und zu sehen, ob das Machbare sicherheitspolitisch sinnvoll eingesetzt werden kann. Es sei gewährleistet, daß der ABM-Vertrag (der ja Forschung auf dem Gebiet der Raketenbekämpfung gestattet) durch SDI nicht verletzt werde. Man dürfe vor allem nicht verschweigen, daß auch in der Sowjetunion entsprechende Forschungsarbeiten schon längst angelaufen seien.

In der Diskussion war vor allem umstritten, ob es sich bei neuen Mitteln zur Raketenbekämpfung um „defensive“ oder – so die Auffassung der sowjetischen Seite – um „offensive“ Systeme handeln würde. Dieses Thema spielte schon während des Treffens der Außenminister Shultz und Gromyko im Januar eine Rolle. Dem sowjetischen Drängen auf Zusammenarbeit und Vertrauensbildung hielt die amerikanische Seite im übrigen wiederholt entgegen, solche Forderungen müßten angesichts der sowjetischen Hochrüstungspolitik des letzten Jahrzehnts sehr unglaubwürdig klingen. Einfacher und weniger kontrovers wurde das Gespräch bei einem zweiten Themenge-

biet: der Beseitigung chemischer und bakteriologischer Waffen, die in der Genfer Abrüstungskonferenz (einer Einrichtung der UN) verhandelt wird.

Bevor die Arbeit an einem letzten Themenbereich begann, hatten zwei Redner die Gelegenheit, über besonders „heiße“ Fragen des Ost-West-Konflikts zu sprechen. *Jeri Laber* stellte ihre Menschenrechtsgruppe, das U.S. Helsinki Watch Committee, New York, vor. Sie beklagte die Defizite, die in allen Ländern bei der Gewährleistung der Menschenrechte zu beobachten seien, konzentrierte sich aber auf die Sowjetunion. In ihr sei eine *freie Friedensbewegung* undenkbar, über 50 Mitglieder von Menschenrechtsgruppen befänden sich derzeit in den Gefängnissen. In der anschließenden Diskussion brachten die westlichen Teilnehmer klar zum Ausdruck, daß die Menschenrechte nicht zur Disposition gestellt werden dürften. Dennoch aber warnten mehrere Stimmen vor westlicher Selbstgerechtigkeit und sprachen sich für einen behutsamen Umgang mit der Sowjetunion aus. Das zweite Referat hielt Prof. *Wjatscheslaw J. Daschtschew* vom Moskauer Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen. Er stellte die Nachkriegsgeschichte als eine Geschichte amerikanischen Abrückens vom Geist der Konferenzen von Jalta und Potsdam dar. Die USA hätten die Unterstützung, die die Sowjetunion den Kräften der Erneuerung gewährt habe, fortwährend als Angriff auf den amerikanischen Führungsanspruch gedeutet. Ihre konfrontative Reaktion habe die Teilung Deutschlands und ganz Europas zur Folge gehabt.

Weil die breit angelegte politische Gestaltung des Ost-West-Gegensatzes nach vielfach vertretener Auffassung auch eine umfangreiche ökonomische Dimension aufweist, schloß das Kolloquium mit drei Referaten über wirtschaftliche Aspekte des Ost-West-Verhältnisses. *Jürgen Nötzold* (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen) sprach über „Die Bedeutung der Wirtschaft und Handelsbeziehungen für die Sicherung des Friedens“. Er zeichnete die Geschichte vergleichsweise enger Handelsbeziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion während der Phase der Entspannung nach und beklagte, daß die neuerliche Höherbewertung der militärpolitischen Dimensionen des Konflikts nicht nur den Intentionen der Helsinki-Akte zuwiderlaufe, sondern die wirtschaftlichen Beziehungen empfindlich schwäche. Dies könne sich langfristig als nachteilig erweisen. Prof. *Robert Lieber* (Georgetown University, Washington DC) referierte zum Thema „Verteidigungsausgaben und ihr Einfluß auf die Ost-West-Beziehungen“, und Prof. *Wladimir Schenajew* (ebenfalls vom Moskauer Institut) widmete sich dem Thema „Probleme des Wettrüstens und ökonomische Aspekte der Ost-West-Beziehungen“.

Was in Tutzing verdeutlicht wurde

In der abschließenden Diskussion wurde verschiedentlich das konstruktive Gesprächsklima hervorgehoben, in dem das Kolloquium stattfand. Verdeutlicht haben die Tage in Tutzing vor allem dreierlei:

1. Sie führten die Brisanz der Forderung nach „*Repolitisierung*“ des Ost-West-Gegensatzes deutlich vor Augen. Die Sowjetunion wird nicht müde, den Primat der Politik zu unterstreichen und gegen eine angebliche amerikanische Tendenz zur einseitig rüstungspolitischen Lösung der Sicherheitsprobleme zu protestieren. Die Vereinigten Staaten fordern von der Sowjetunion hartnäckig den Verzicht auf eine vollmundige Rhetorik, die nach ihrer Auffassung nur die sowjetische Aufrüstung überdecken soll, und die Hinwendung zu substantziellen Verhandlungen.

2. Für die Europäer (in West und Ost) ist es kein leichtes Unterfangen, ihre eigenen Sicherheitsperspektiven zur Geltung zu bringen. Die Diskussion über eine europäische Friedensordnung läuft generell Gefahr, von der Erörterung strategischer Rüstungsprobleme beiseite gedrängt zu werden. In Anbetracht des Konflikts der Welt-

mächte verflüchtigen sich die Gemeinsamkeiten der europäischen Völker sehr rasch.

3. Die Tagung zeigte, wie ein „politikfähiger“ Beitrag der Kirchen zur Friedensdiskussion aussehen kann. Dazu trugen auch – allerdings in verschiedenem Ausmaß – die geistlichen Worte bei, mit denen die drei Tage jeweils eingeleitet wurden. *Erzbischof Pitirim* sprach für das Moskauer Patriarchat, *Wolfgang Raupach*, Aktion Sühnezeichen, war der evangelische und *Weihbischof Walter Kampe*, Pax Christi, der katholische Vertreter. So berechtigt moralische Verdikte gegen „die“ Abschreckung bisweilen sein mögen, ihre Bewährung hängt nicht zuletzt davon ab, daß sie durch eine Analyse der Bedingungen und Handlungsspielräume aktueller Politik und eine Benennung der vorzugswürdigen Entwicklungstendenzen ergänzt werden.

Hans Langendoerfer

Sorgenvolle Zukunft

Die katholische Kirche Hongkongs

Am 19. Dezember 1984 unterzeichneten die Regierungschefs Großbritanniens und der Volksrepublik China in Peking das Abkommen, das die für den 1. Juli 1997 vorgesehene *Rückgabe Hongkongs an China* regelt. Hongkong erhält dann den Status eines Sonderverwaltungsgebietes, das unmittelbar der Pekinger Zentralverwaltung unterstellt wird. Es soll im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich weitgehende Autonomie genießen, zumal die derzeit in Hongkong gültigen diesbezüglichen Gesetze für weitere 50 Jahre in Kraft bleiben, sofern sie nicht dem in China geltenden Recht widersprechen. Den Interessen der Wirtschaft wurde in besonderem Maße Rechnung getragen, indem für Hongkong die Errichtung eines Sonderzollgebietes mit freiem Kapitalfluß vorgesehen ist, in welchem auch zukünftig der Besitz von Privateigentum garantiert wird. Darüber hinaus räumt man der Bevölkerung sogar ein Mitspracherecht bei der Ernennung des Administrators des Sonderverwaltungsgebietes ein – unklar ist allerdings, ob dies in Form von Wahlen oder von „Konsultationen“ erfolgen soll.

Chinesen machten erhebliche Zugeständnisse

Damit ist in Hongkong der *Fortbestand des bisherigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems* in wesentlichen Punkten gewährleistet. Rechtlich muß dies aber noch im Detail durch ein „Grundgesetz“ abgesichert werden, das der chinesische Volkskongreß in den nächsten Jahren erarbeiten und verabschieden soll. Zudem ist die Einrichtung einer „britisch-chinesischen Verbindungsgruppe“ vorgesehen, die den reibungslosen Ablauf der Übergabe Hongkongs zu überwachen hat. Sie wird Mitte 1985, nach dem Austausch der Ratifizierungsurkunden, ihre Arbeit aufnehmen und bis zum Jahre 2000 amtieren.

Der Kompromiß wurde nicht nur von den Regierungen Großbritanniens und der Volksrepublik China als Erfolg gewertet, sondern auch in Hongkonger Wirtschaftskreisen weitgehend begrüßt. Viele der 5,5 Millionen Einwohner der Kronkolonie äußerten sich in Umfragen allerdings sehr *vorsichtig* optimistisch, ist doch die Zukunft Hongkongs keineswegs in jeder Hinsicht geklärt. Der Erfolg des Abkommens wird entscheidend von der innenpolitischen Entwicklung Chinas abhängen, ob also etwa die Vertreter einer gemäßigten, um Verständigung bemühten Politik weiterhin die Oberhand behalten. Einen ersten Prüfstein dürfte dabei die Ausarbeitung des „Grundgesetzes“ bilden. Bisher ist unklar, inwiefern Großbritannien bzw. Vertreter Hongkongs hierauf Einfluß nehmen können.

Bei aller von mancher Seite geäußerten Skepsis sollte dennoch nicht übersehen werden, daß die chinesischen Verhandlungsführer zu erheblichen Zugeständnissen bereit waren. Dies gilt auch für den *religiösen Bereich* – das Abkommen garantiert nicht nur die Freiheit der Religionsausübung, sondern gestattet den Konfessionen, ihre kulturelle und soziale Arbeit weitgehend ungehindert fortzusetzen. Die entsprechenden Bestimmungen werden allerdings nur in einem Anhang zum eigentlichen Vertragstext näher ausgeführt: „Lehranstalten aller Art, einschließlich derjenigen, die von religiösen und Gemeinschafts-Organisationen betrieben werden, können ihre Autonomie beibehalten. Sie können weiterhin von außerhalb des Sonderverwaltungsgebiets Hongkong Kräfte einstellen und Lehrmaterial beziehen.“ (Art. X) ... „Religiöse Organisationen und Gläubige können ihre Beziehungen mit religiösen Organisationen und Gläubigen anderswo unterhalten, und Schulen, Krankenhäuser und Wohlfahrtseinrichtungen, die von religiösen Organisationen betrieben werden, werden fortbestehen. Die Bezie-